

**Rede bei der Mahnwache zum Red Hand Day am 13.2.2023  
vor dem Parteibüro der Grünen NRW in Düsseldorf  
Joachim Schramm, DFG-VK NRW**

Liebe Freundinnen und Freunde,  
liebe Mitbürger:innen !

Mein Name ist Joachim Schramm und ich spreche hier für die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG-VK) NRW. Gemeinsam mit der LandeschülerInnenvertretung, pax christi Essen und dem Bund für Soziale Verteidigung veranstalten wir heute hier diese Mahnwache gegenüber dem Landesparteibüro von Bündnis 90 / Die Grünen. Schön, dass ihr alle heute gekommen seid, um hier mit uns zu protestieren.

Gestern war ein besonderer Tag, denn gestern vor 21 Jahren, am 12. Februar 2002 trat das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention in Kraft, das den Einsatz von Kindern im Krieg verbietet. Aus diesem Anlass findet jedes Jahr weltweit der sogenannte Red Hand Day statt, der Protesttag gegen Kindersoldaten mit dem Symbol der Roten Hand, mit dem Kinder, Jugendliche und Erwachsene deutlich machen: Halt, Stopp, den Einsatz von Kindern und Jugendlichen im Krieg beenden. Auch wir schließen uns heute dieser Forderung an. 250.000 Kinder werden immer noch weltweit zur Teilnahme am Krieg gezwungen, im Kongo, im Sudan, in Myanmar, in 25 Ländern insgesamt. Häufig werden die Minderjährigen entführt und zum militärischen Dienst gezwungen oder mit falschen Versprechungen gelockt. Die langfristigen Folgen für die psychische und körperliche Gesundheit der Kinder sind katastrophal: Sie werden zu absolutem Gehorsam gezwungen, verlieren an Selbstbewusstsein, stumpfen gegenüber Grausamkeiten ab und werden am Ende meist traumatisiert zurückgelassen. Deshalb müssen wir den Protest dagegen aufrechterhalten und die Unterstützung für das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention stärken.

Die ursprüngliche Forderung der Kinderschutzorganisationen, eine klare Grenze bei 18 Jahren schon bei der Einberufung, ein „Straight 18“ zu ziehen, stieß auf den Widerstand diverser Staaten. Daher verbietet das Zusatzprotokoll zwar den Einsatz von Minderjährigen im Krieg, bei der Einberufung gibt sie jedoch nur eine Empfehlung ab. Doch dieser Empfehlung haben sich immerhin 150 Staaten angeschlossen und rekrutieren keine unter 18-jährigen. Ausgerechnet Deutschland gehört hier zur Gruppe der unrühmlichen Ausnahmen. Regelmäßig stellt die Bundeswehr unter 18-jährige als Freiwillige ein, 2022 waren es 1.773, und seit der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 hat die Bundeswehr zusammen fast 16.000 Minderjährige rekrutiert. Der UN Ausschuss für die Rechte der Kinder hat Deutschland im letzten September zum wiederholten Male aufgefordert, das Mindestalter der Rekrutierung auf 18 Jahre festzulegen.

In wenigen Tagen jährt sich der Beginn des Krieges in der Ukraine. Tag für Tag sterben dort hunderte von Menschen, Soldaten auf beiden Seiten, Zivilisten in der Ukraine, inzwischen schlagen auch immer wieder Raketen und Granaten auf russischem Gebiet ein. Wir erleben die Realität eines modernen Krieges zwischen hochgerüsteten Armeen, nur wenige hundert km von hier entfernt. Und über allem hängt die Gefahr, dieser Krieg könnte sich auf NATO-Gebiet ausweiten, auch deutsche Soldaten könnten in diesen Krieg eingebunden werden. Das ist die realen Situation, mit denen junge Menschen in der Bundeswehr konfrontiert sind. Minderjährige werden und würden wohl nicht in Kampfhandlungen geschickt, aber die Werbung der Bundeswehr bereitet auch die 18-jährigen nicht darauf vor, was ein Kriegseinsatz bedeuten würde. Hier überwiegen die schönen Bilder von Technischeinsatz und Kameradschaft, es fehlen die Bilder von Verwundeten oder Toten. In Afghanistan starben einige Dutzend Bundeswehrsoldaten, in einem eskalierenden Ukraine-Krieg wären es tausende, abertausende.

Daher fordert die Friedensbewegung einen schnellstmöglichen Waffenstillstand und den Stopp aller Handlungen, die zu einer Eskalation führen können. Rund um den Jahrestag des Krieges wird es dazu auch in NRW zahlreiche Veranstaltungen geben.

Angesichts der Probleme der Bundeswehr, ausreichen Freiwillige zu werben, wird nun erneut die Reaktivierung der Wehrpflicht gefordert. Von Militärminister Pistorius bis Frau Strack-Zimmermann reicht die Reihe der Unterstützer. Dazu sagen wir deutlich nein. Die Wehrpflicht ist ein Zwangsdienst, der den beruflichen Werdegang junger Menschen unnötig verzögert und der in der Vergangenheit viel Leid über junge Männer gebracht hat. Im Grundgesetz wurde bereits bei seiner Verabschiedung das Recht auf Kriegsdienstverweigerung festgeschrieben. Doch spätere Regierungen schränkten es ein und legten die Pflicht zur Prüfung der Gründe vor. Wer diese Prüfung nicht bestand, musste zu Armee, egal welche psychischen Belastungen das im Einzelfall mit sich brachte. Wir sagen Nein zur Reaktivierung der Wehrpflicht.

Zur Rekrutierung Minderjähriger hat die Ampel-Koalition vor 1 1/2 Jahren in den Koalitionsvertrag geschrieben, dass Ausbildung und Dienst an der Waffe nur über 18-jährige leisten sollen. Passiert ist bisher offenbar nichts, die Rekrutierung Minderjähriger geht weiter. Unklar ist auch, ob damit ein Ende der Rekrutierung von unter 18-jährigen gemeint war, wie es die Kinderschutzkonvention aussagt. Oder ob damit nur gemeint war, dass unter 18-jährige nur nicht an Waffen ausgebildet werden. Wir sagen daher deutlich in Richtung Ampel-Parteien: Machen Sie Nägel mit Köpfen und keine Trickserei. Keine Minderjährigen zur Bundeswehr, egal ob mit oder ohne Waffe! Dafür stehen wir heute hier vor der Landeszentrale der Grünen, einer dieser Ampel-Parteien.

Schulpolitik ist Ländersache und auch Schulministerin Feller könne hier aktiv werden. Sie und auch die Grünen als Regierungspartei hier in NRW könnten dem neuen Militärminister Pistorius zu verstehen geben, dass Bundeswehrwerbung, die die Realität des Krieges verschweigt und sich gezielt an Jugendliche wendet, in und an Schulen nicht erwünscht ist. Und Frau Feller hat es darüber hinaus in der Hand, die Bundeswehr zumindest hier in NRW in die Schranken zu weisen. Warum gibt das Schulministerium keine Empfehlung an die Schulen, bei Jobbörsen keine Bundeswehr einzuladen. Warum empfiehlt sie den Schulen nicht, keine Berufsbildungsmessen mehr zu besuchen, an denen die Bundeswehr teilnimmt. Die Grüne Regierungspartei könnte ihrer Autorität ins Spiel bringen und deutlich machen, dass sie in NRW keine Werbung für und keine Rekrutierung von Minderjährigen wünscht. Das würde es den Lehrerinnen und Lehrern und den Schülervvertretungen leichter machen, die an ihren Schulen dieser Werbung der Bundeswehr kritisch gegenüber stehen und sich dagegen wenden. Doch stattdessen halten Feller und die ganze Landesregierung an der Kooperationsvereinbarung fest, die vor fast 15 Jahren mit der Bundeswehr abgeschlossen wurde. Wir rufen heute am Red Hand Day dazu auf, diese unsägliche Kooperationsvereinbarung zu kündigen!

Mit diesen Menschenfang-Aktionen an und im Umfeld von Schulen muss Schluss sein! Wir wollen keine Eskalation des Ukraine-Krieges, in dem Bundeswehrsoldaten an die Front geschickt werden. Auch deshalb wollen wir keine Minderjährigen in der Armee. Und wir sagen: Bundeswehr raus aus den Schulen! Unter 18 nie!